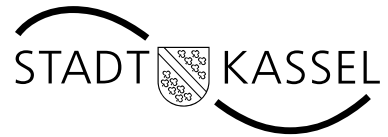


Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Umwelt und Energie



documenta-Stadt

An die
Mitglieder des Ausschusses
für Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Spangenberg
Tel. 05 61/7 87-12 25
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: elisabeth.spangenberg@stadt-kassel.de

Kassel, 20.04.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **39.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie lade ich ein für

**Dienstag, 27.04.2010, 17.00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

1. **Forschungsprojekt Klimzug
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1418**
2. **Solarthermie und Fernwärmenetz in Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1478**
3. **Lärminderungsplanung und Lärmaktionsplan für Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Harry Völler
- 101.16.1660 -**

Mit freundlichen Grüßen

Karl Schöberl
Vorsitzender

Niederschrift

über die **39. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Energie**
am Dienstag, 27.04.2010, 17.00 Uhr,
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Forschungsprojekt Klimzug
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1418
2. Solarthermie und Fernwärmenetz in Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1478
3. Lärminderungsplanung und Lärmaktionsplan für Kassel 101.16.1660

Vorsitzender Schöberl eröffnet die mit der Einladung vom 20.04.2010 ordnungsgemäß einberufene 39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden, darunter besonders Herrn Prof. Rossnagel – Vizepräsident der Universität Kassel -, der zum TOP 1 erschienen ist, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt **Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
101.16.1695.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst nach kurzer Aussprache gemäß § 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Nicht anwesend: FDP
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. „Biologische Vielfalt in Kommunen“, 101.16.1695, wird zugestimmt. (Aufruf als TOP 4)

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass Vorsitzender Schöberl die Tagesordnung in der geänderten Form feststellt.

- 1. Forschungsprojekt Klimzug
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1418**

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig im Ausschuss für Umwelt und Energie über die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt KLIMZUG zu berichten. Die Berichterstattung soll zweimal pro Jahr stattfinden.

Herr Prof. Rossnagel berichtet mittels einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Arbeitsstand des Forschungsprojektes und beantwortet anschließend die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder. Die zur Präsentation verwendeten Folien verspricht Herr Prof. Rossnagel auf mehrfachen Wunsch den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen.

Vorsitzender Schöberl stellt fest, dass die Folien der Niederschrift als Anlage beigefügt werden und der Beschluss für die erste Hälfte dieses Jahres als erledigt angesehen wird.

Der Bericht von Herrn Prof. Rossnagel wurde zur Kenntnis genommen

2. Solarthermie und Fernwärmenetz in Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2009
Bericht des Magistrats
101.16.1478

Beschluss

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, durch die KVV prüfen zu lassen, ob Wärme, die durch solarthermische Anlagen in Kassel erzeugt wird, in das öffentliche Fernwärmenetz der Kasseler Fernwärme GmbH eingespeist werden kann.

Über das Prüfergebnis soll bis Ende März 2010 im Ausschuss für Umwelt und Energie berichtet werden.

Stadtrat Dr. Lohse berichtet und gibt das Ergebnis der Prüfung durch die KVV bekannt.

Nach kurzer Aussprache erklärt Vorsitzender Schöberl den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Der Bericht von Stadtrat Dr. Lohse wurde zur Kenntnis genommen

3. Lärminderungsplanung und Lärmaktionsplan für Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1660 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten,

1. die Auswertung der „Lärmkartierung Straßen 2007“ des Regierungspräsidiums Kassel, insbesondere die Lärmschwerpunkte im Bereich der Stadt Kassel, vorzustellen und über die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemachten Anregungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange im Einzelnen zu berichten;
2. die nach Auswertung und Vorprüfung der Vorschläge erarbeitete Maßnahmenkonzeption vorzustellen;
3. den Entwurf des Lärmaktionsplan des Regierungspräsidenten vorzustellen und zu erläutern;
4. darzulegen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Offenlegung des Entwurfs durch den Regierungspräsidenten vom Magistrat unterstützt werden kann;
5. sich beim Regierungspräsidium Kassel und beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass auch die Stadt Kassel (neben den Städten Frankfurt/M, Wiesbaden und Darmstadt) sich an dem Pilotprojekt „lärmmindernder Asphalt innerorts“ (LOA 5D = Lärmoptimierte Asphaltdeckschicht, sogenannter Düsseldorfer Flüsterasphalt) beteiligen kann;
6. mitzuteilen, mit welchen finanziellen Mitteln das Land Hessen die Stadt Kassel bei der Umsetzung der Lärminderung und der Lärmaktionspläne unterstützt.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag und ändert diesen nach ausführlicher Aussprache wie folgt ab:

Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten,

1. **im Ausschuss für Umwelt und Energie** die Auswertung der „Lärmkartierung Straßen 2007“ des Regierungspräsidiums Kassel, insbesondere die Lärmschwerpunkte im Bereich der Stadt Kassel, vorzustellen und über die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemachten Anregungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange im Einzelnen zu berichten;
2. die nach Auswertung und Vorprüfung der Vorschläge erarbeitete Maßnahmenkonzeption vorzustellen;
3. den **dann vorliegenden Lärmaktionsplan** des Regierungspräsidenten vorzustellen und zu erläutern;
4. darzulegen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung **in Zukunft im weiteren Verfahren** vom Magistrat unterstützt werden kann;
5. sich beim Regierungspräsidium Kassel und beim Land Hessen dafür einzusetzen, **ob** auch die Stadt Kassel (neben den Städten Frankfurt/M, Wiesbaden und Darmstadt) sich an dem Pilotprojekt „lärmindernder Asphalt innerorts“ (LOA 5D = Lärmoptimierte Asphaltdeckschicht, sogenannter Düsseldorfer Flüsterasphalt) beteiligen kann;
6. mitzuteilen, mit welchen finanziellen Mitteln das Land Hessen die Stadt Kassel bei der Umsetzung der Lärminderung und der Lärmaktionspläne unterstützt.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Nicht anwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Lärminderungsplanung und Lärmaktionsplan für Kassel, 101.16.1660, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Völler

- 4. Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1695 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Karl Schöberl
Vorsitzender

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 39. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am
Dienstag, 27.04.2010, 17.00 Uhr
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Karl Schöberl, B90 / Grüne
Vorsitzender

Harry Völler, SPD
1. stellvertretender Vorsitzender

Stefan Kortmann, CDU
2. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied

Hannelore Diederich, SPD
Mitglied

Dr. Monika Junker-John, SPD
Mitglied

Elena Seewald, SPD
Mitglied

Dr. Maik Behschad, CDU
Mitglied


Martin Engels, MPM, CDU
Mitglied

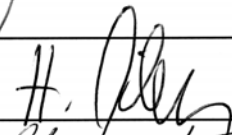
Waltraud Stähling-Dittmann, CDU
Mitglied

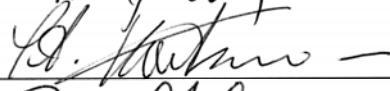
Helga Weber, B90 / Grüne
Mitglied


Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

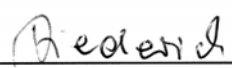
Michael Knab, FDP
Mitglied

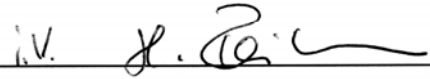



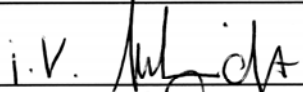



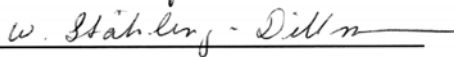


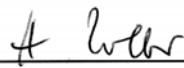





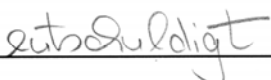

i.V. _____



i.V. _____



w. Stähling-Dittmann






entschuldigt

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Doğan Aydın,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat

Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Verwaltung/Gäste

P.g. Dr. A. Rufnager

Kristina Schneider

J. Ewert

Manus Stoffers

Christian Heuschke

Rosemarie Bühle, Seniorenbeirat

klimawandel zukunfts-fähig gestalten

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

Regionalmanagement
NordHessen

Klimaanpassung in Nordhessen – Zwischenbericht zum Projekt Klimzug

Alexander Roßnagel

Ausschuss für Umwelt und Energie der Stadtverordnetenversammlung
Kassel, 27. April 2010

KLIMAANPASSUNGSNETZWERK FÜR DIE MODELLREGION NORDHESSEN

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Übersicht

Klimzug Nordhessen

Vernetzung

Governance-Innovationen

Zwischenergebnisse

- Klimawandel in Nordhessen/Kassel
- Klimawandel und Gesundheitsprävention
- Klimawandel und die nordhessische Wirtschaft

Ausblick

Klimzug-Nordhessen

Zielsetzung

Aufgabe der Klimaanpassung

Struktur von Klimzug

Rückblick auf das letzte Jahr

Klimaanpassungsnetzwerk für die Modellregion Nordhessen

Ziel ist es, in Nordhessen als Modellregion vorbildhaft eine Governance-formation für die Anpassung an den Klimawandel zu realisieren, die sich auf andere Regionen übertragen lässt.

Durch das nordhessische Kooperationsnetzwerk für die regionale Entwicklung sollen praxisgerechte vorsorgeorientierte Strategien, Strukturen, Instrumente und Maßnahmen zur Klimaanpassung erarbeitet und in Entscheidungsprozesse von Politik und Wirtschaft integriert werden.

Folgen des Klimawandels

Kontinuierliche saisonale Veränderungen

- mittel- bis langfristige Veränderungen durch Erwärmung
- Verschiebung von Vegetationsperioden, Migration von Arten
- milderer Winter, Niederschlagsreichere Übergangszeit, Hitzesommer

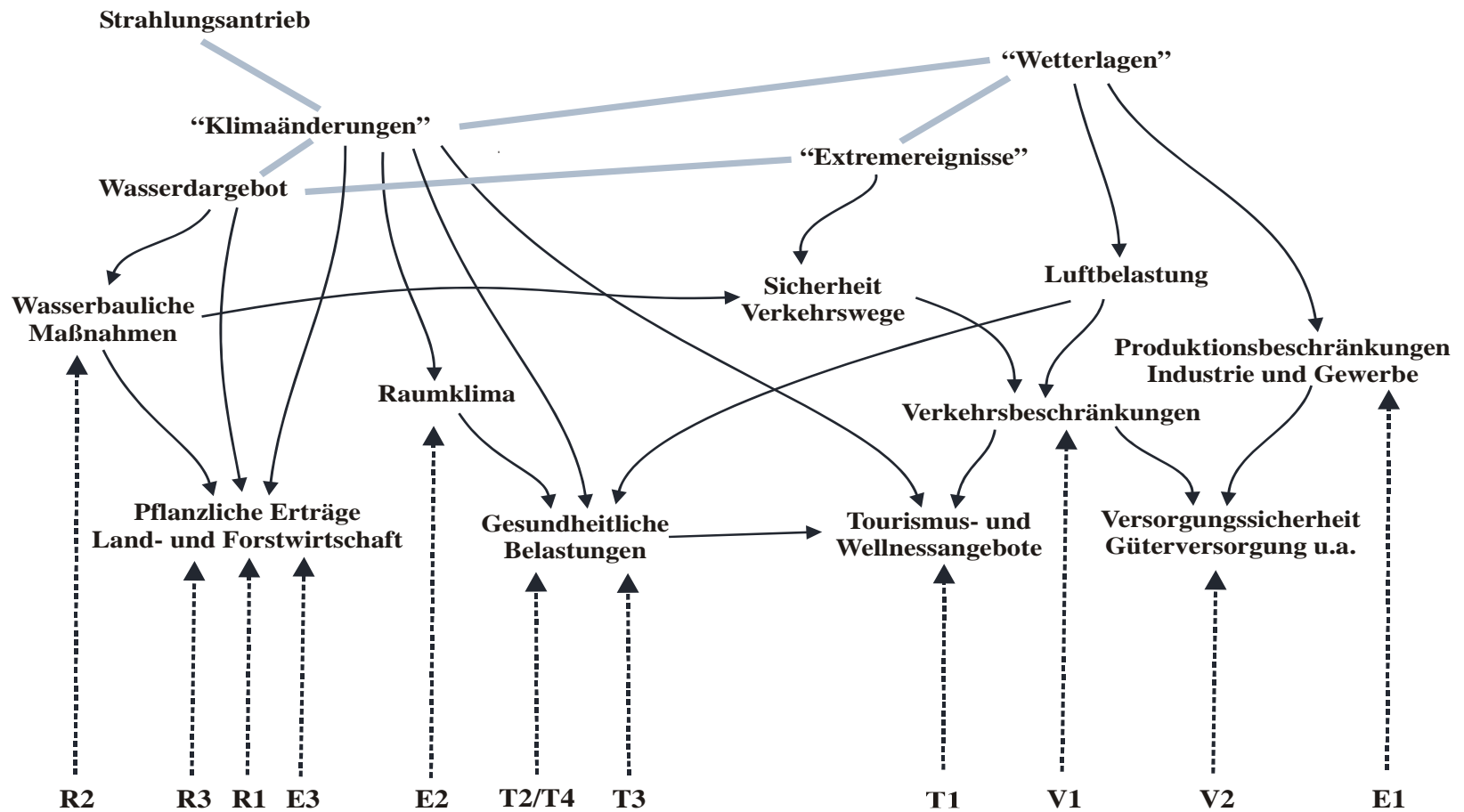
Zunahme von extremen Wetterereignissen

- Starkregen, Orkane, Hochwasser
- Hitze, lange Trockenperioden, Waldbrandgefahr, Niedrigwasser,

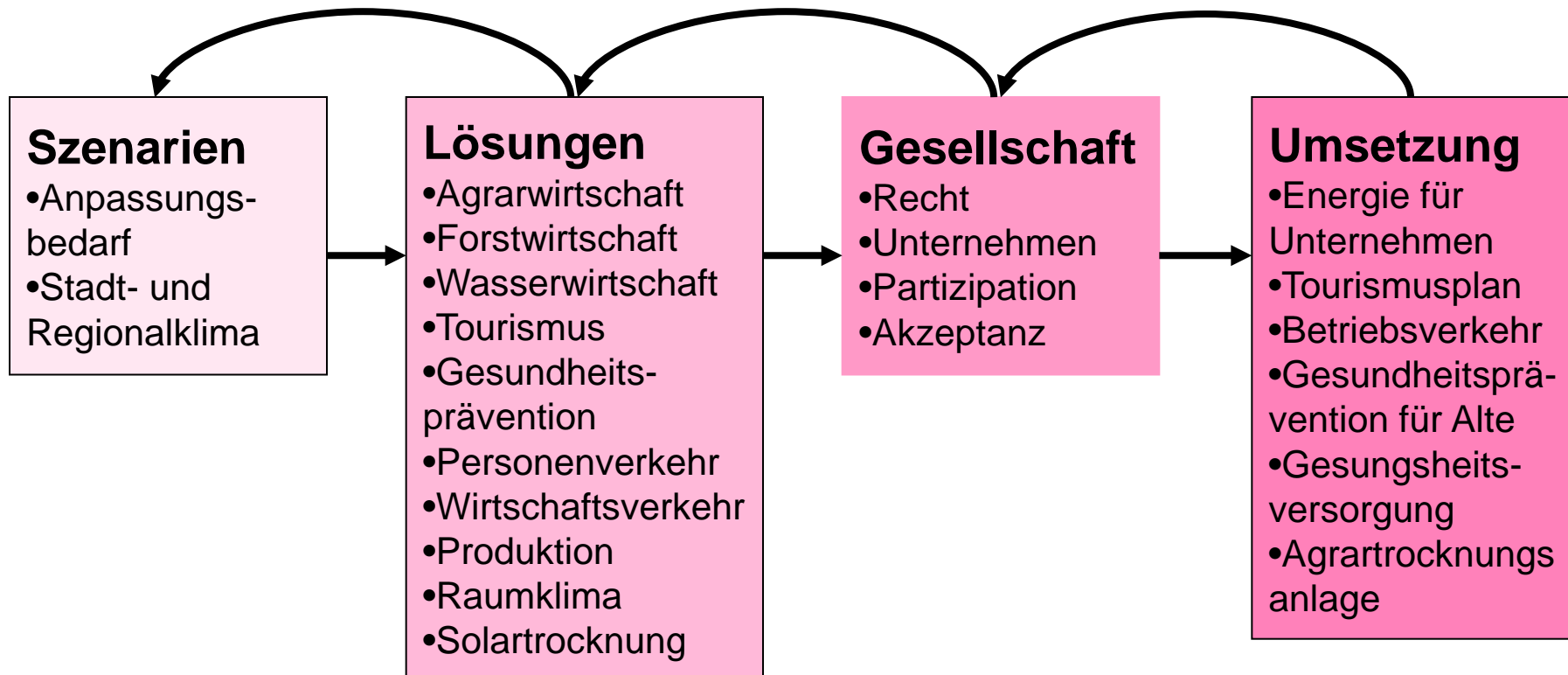
Zunehmende Klimavariabilität

- Extremere Schwankungen (z.B. Dürreperiode drei mal in Folge)
- Höhere Planungsunsicherheit

Klimaanpassungsbedarf und -probleme in Nordhessen



Erfüllungsstruktur des Klimaanpassungsnetzwerks



Rückblick

2. Juni 09: konstituierende Beiratssitzung

8. Juni 09: Eröffnungsfeier des „**CLiMA**“ – Kompetenzzentrum
Klimaschutz und Klimaanpassung der Universität Kassel

23. Juli 09: KLIMZUG-Auftaktkonferenz in Bonn

9. Oktober 09: Erstes Regionalforum

12./13. November 09: Konferenz im Waldviertel

Ende November 09: Abbruchmeilenstein bestanden

Ende Dezember 09: Aufnahme in das Climate-KIC des
European Institute of Innovation and Technology (**EIT**)

Wöchentliches Forum „Klimaanpassung“



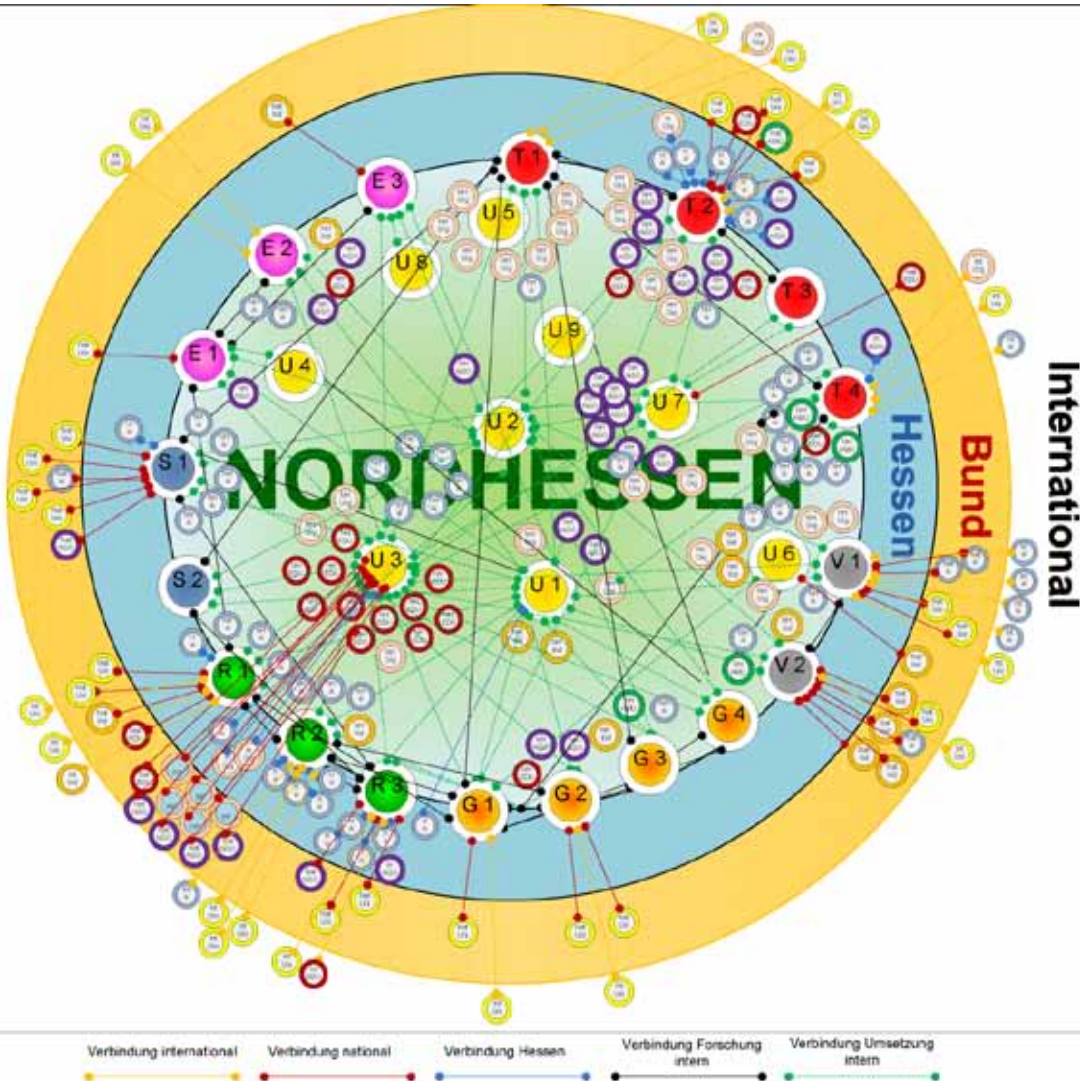
Vernetzung

Vernetzung in Klimzug (27 Projekte)

Vernetzung in Wissenschaft (bundesweit – europaweit)

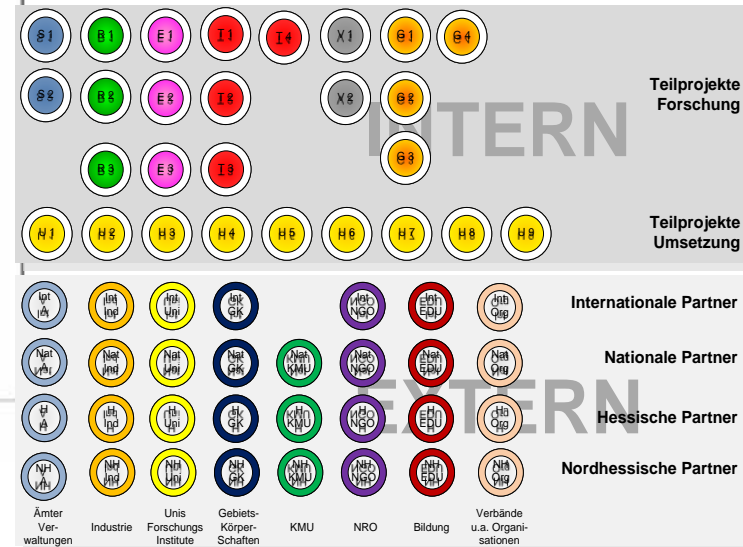
Vernetzung in Region Nordhessen

Vernetzung in der Fachgemeinschaft

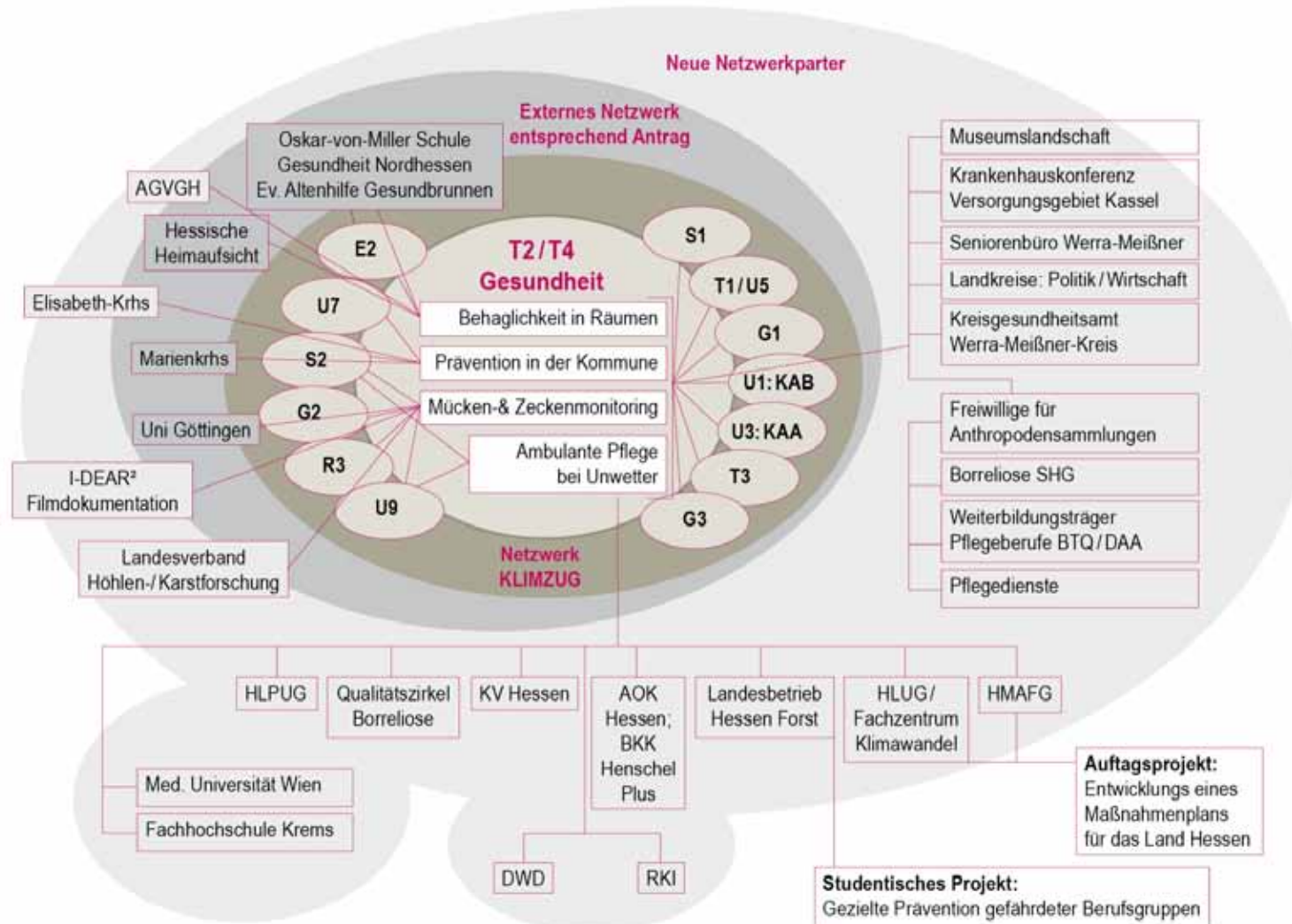


KLIMZUG Nordhessen: Regionale, nationale und internationale Netzwerkbeziehungen

Legende: Interne und externe
Netzwerkpartner



Netzwerk der Projekte T2 & T4 & U7 des Handlungsfeldes Gesundheit



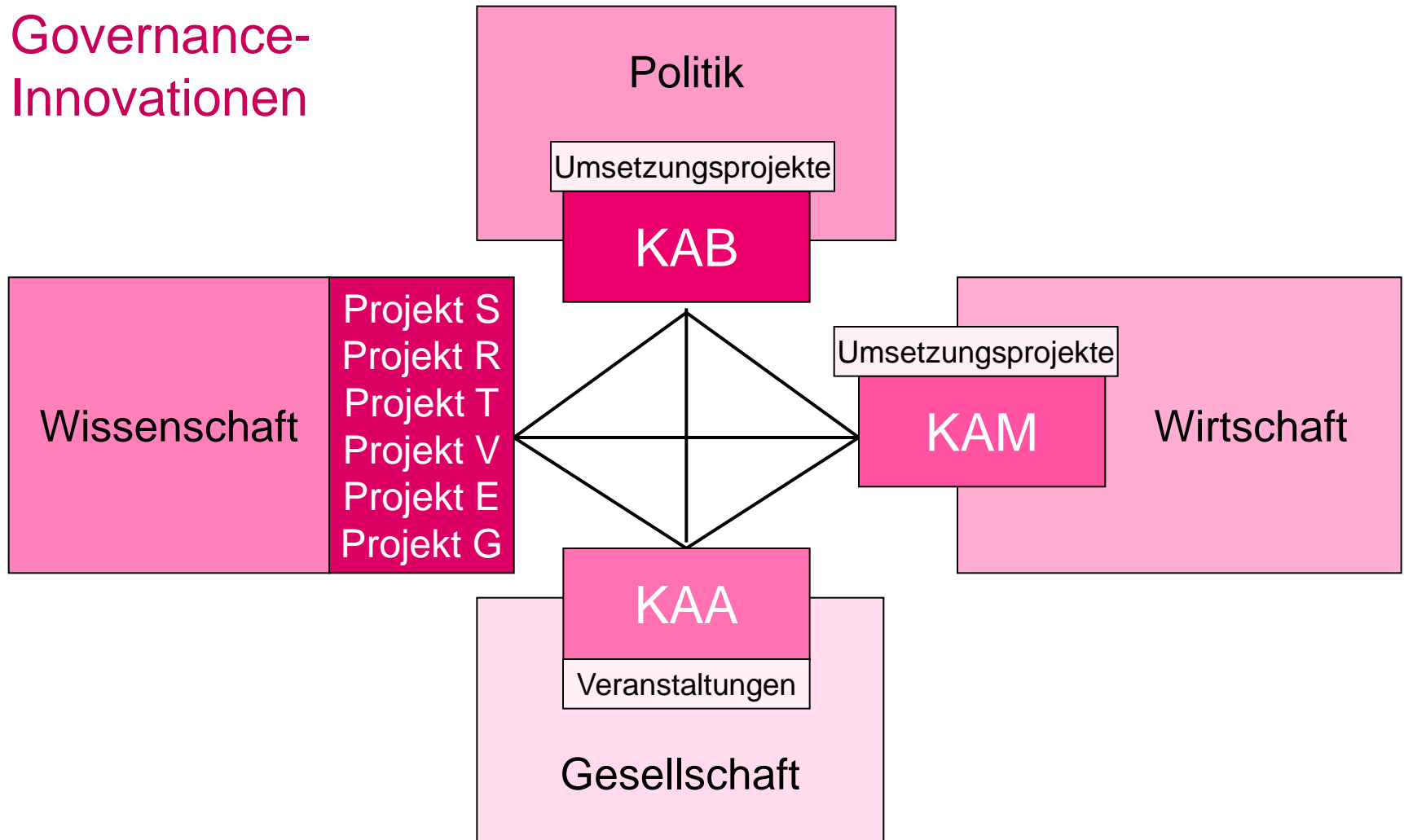
Governance-Innovationen

Governance-Innovationen und ihre Aufgaben

Bisherige Erfolge

Verbleibende Herausforderungen

Governance- Innovationen



Aufgaben der Governance-Innovationen

Klimaanpassungsbeauftragte (KAB) / Klimaanpassungsmanager (KAM)

- Gegenüber Verwaltung und Wirtschaft
 - Für Klimaanpassung sensibilisieren und KLIMZUG bekannt machen
 - Klimaanpassungsbedarfe abfragen / erheben
 - Wissenschaftliche Ergebnisse kommunizieren
- Gegenüber der Wissenschaft
 - Für Verwaltungs-/Wirtschaftsstrukturen und -prozesse sensibilisieren
 - Anpassungsbedarfe vermitteln
 - Wissenschaftliche Ergebnisse aufnehmen und „übersetzen“

Klimaanpassungsakademie (KAA)

- Über Klimawandel informieren und für Klimaanpassung sensibilisieren
- Kommunikation zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft organisieren
- Kommunikation in der Öffentlichkeit über Klimawandel organisieren

Erfolge

Projektintern

- Einarbeitung in die Fragestellungen der Klimaanpassung
- Teilnahme an Veranstaltungen (Fortbildung)
- Einbindung in KLIMZUG-Projekt (regelmäßige Gespräche)
- Unterstützung von Projekten in der Region
- Projektworkshops, Veranstaltungen

Regional

- Öffentlichkeitsarbeit
- Regionalforum, Veranstaltungsreihen
- Waldviertel-Konferenz
- Cluster-Newsletter
- Klimaanpassungsbedarfe aus Landkreisen und Regierungspräsidium
- Erste regionale Veranstaltungen durchgeführt und vorbereitet

Herausforderungen

Strukturell

- Gleichzeitiger Beginn von KAB / KAM mit Forschungsprojekten
- Unterschiedliche Zeithorizonte von Forschung und Umsetzung
- Ausbildungs- und Schulungsbedarf
- Optimale Verortung und Leitungsstruktur

Regional

- Erhebung und Vermittlung von Anpassungsbedarfen
- Umsetzung von Ergebnissen der Forschung
- Vermittlung des Mehrwerts der Governance-Innovationen
- Einbeziehung der politischen Ebene

Beispiele für Zwischenergebnisse

Klimawandel in Nordhessen/Kassel

Klimawandel und Gesundheitsprävention

Klimawandel und die nordhessische Wirtschaft

Folgen des Klimawandels - Szenarioanalyse

Kontinuierliche saisonale Veränderungen

„Lokale
Erwärmung“

- Vegetationsperiode
- Energiebedarf

„Hitzesommer“

- Tropennächte
- Hitzestress

„Milderer Winter:“
Ger. Wahrscheinlichkeit
für Schneefall
und Frosttage

„Herbstregen“

- Niederschläge
- Starkregenfälle

Zunahme von extremen Wetterereignissen

„Starkregenfälle“

- Hochwassergefahr
- Überschwemmungen

„Orkane“

- Sturmschäden,
Versicherungsschäden

„Dürreperiode“

- Waldbrände
- Wasserknappheit

„Hitzewelle“

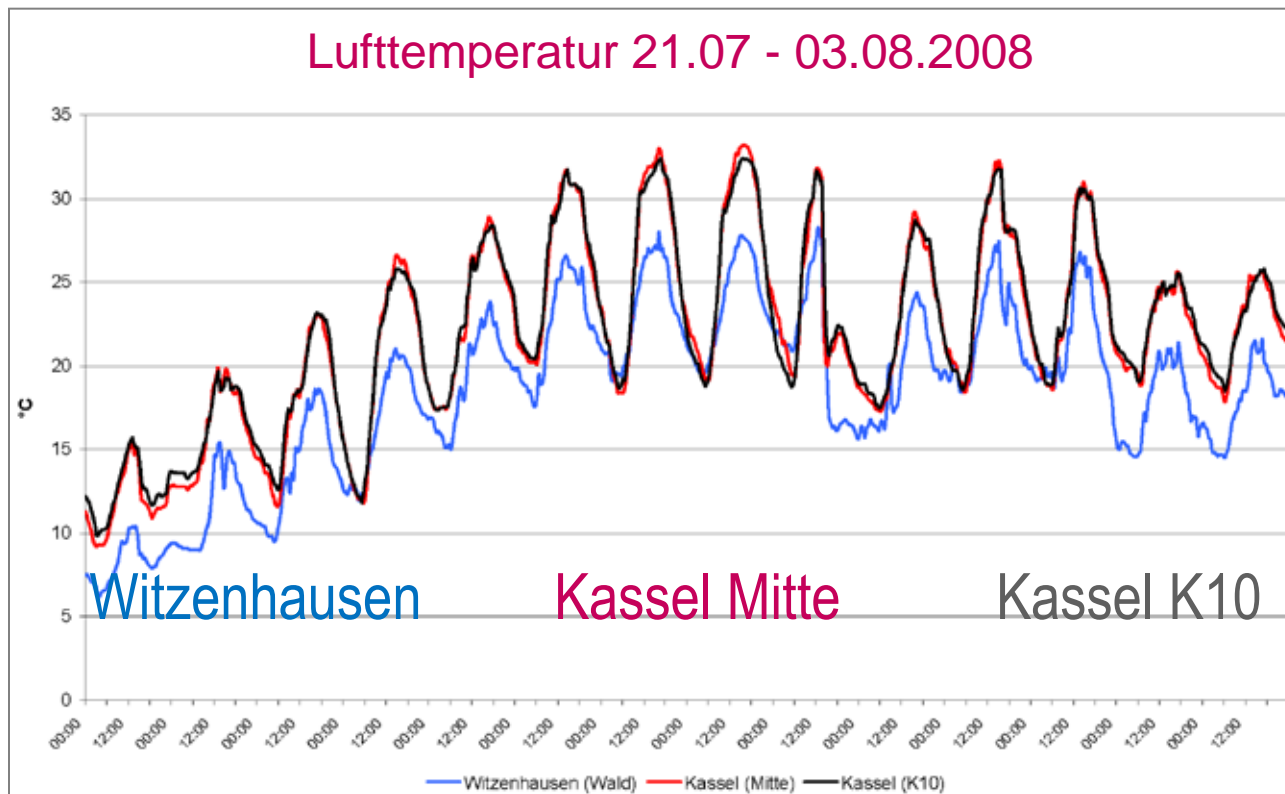
- Waldbrände
- Wasserknappheit

Zunehmende Klimavariabilität

„Schwankungen“

- Extremere Schwankungen,
Unsicherheiten,
Höhere Variabilität

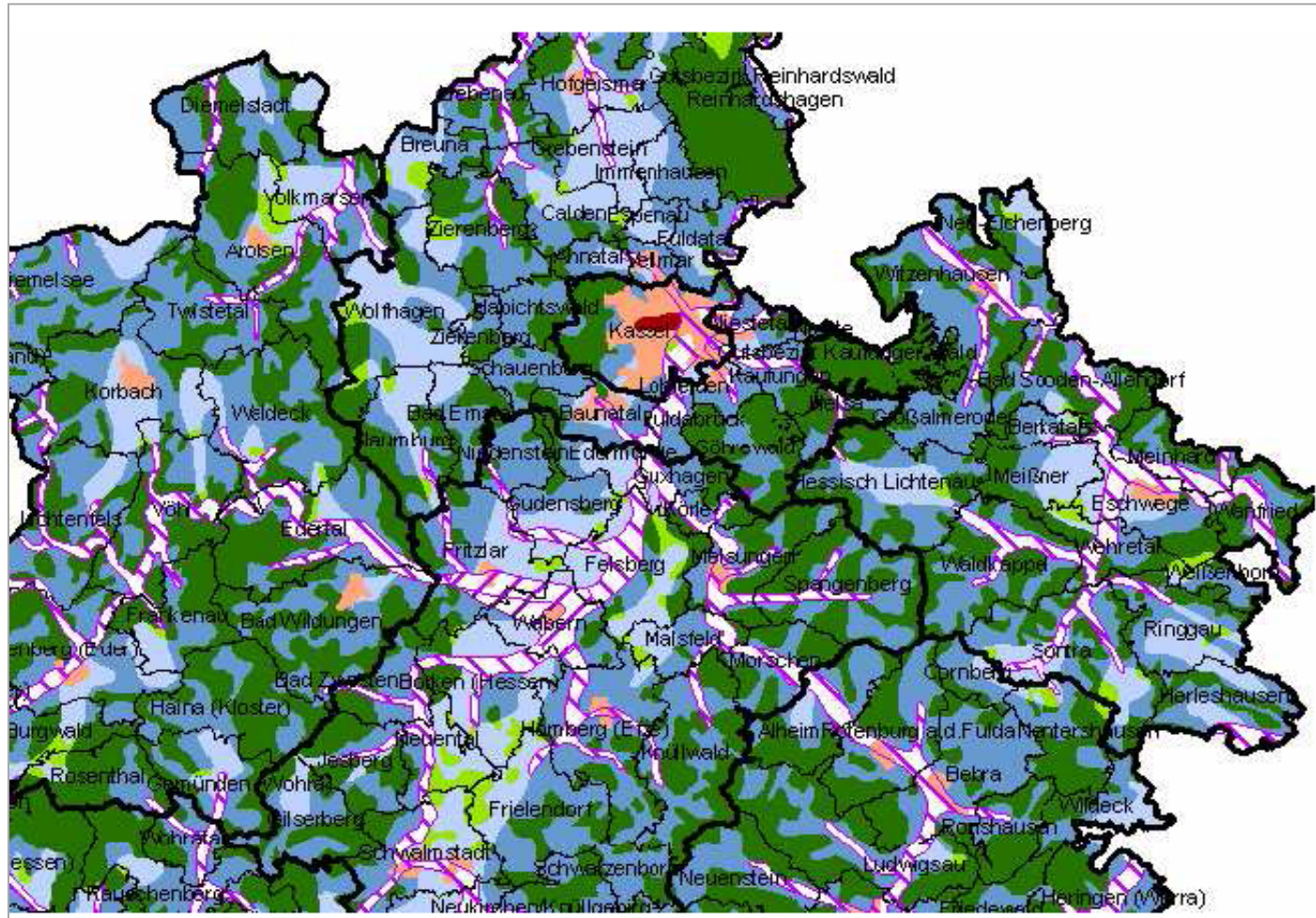
Regionalisierung der Szenarien für den Klimawandel



Wärmeinsel Stadt
während einer
Hitzeperiode in
Nordhessen
(Katzschner, Kupski)

Die Kasseler Bucht als „Wärmeinsel“ weist höhere Temperaturen auf

Klimabewertungskarte



Überwärmungsraum,
Ventilationsbahnen und
Frischlufitentstehungs-
gebieten
(Katzschner, Kupski)

Alexander Roßnagel

Klimawandel in Nordhessen

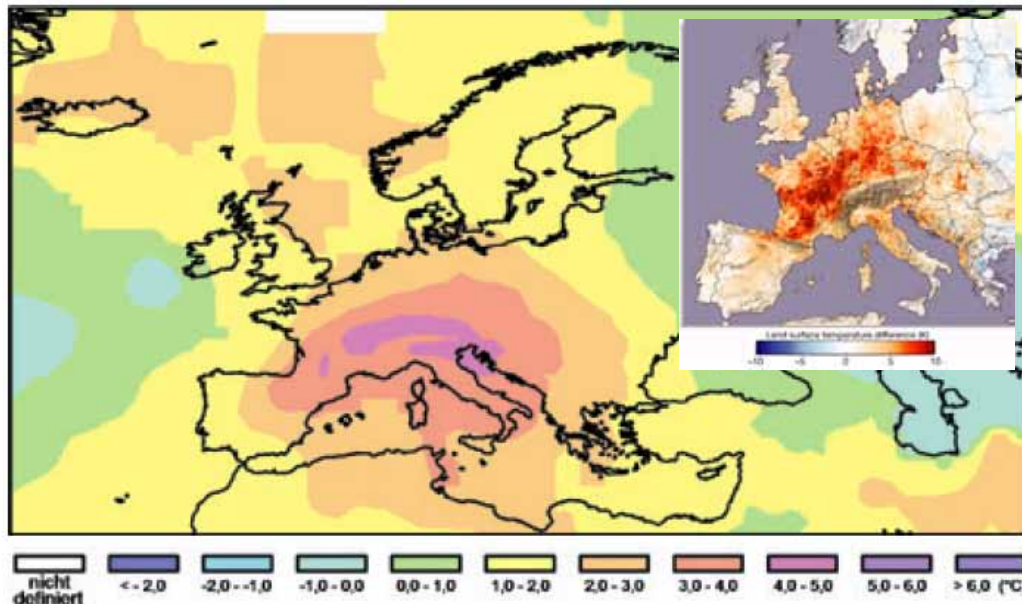
Der Klimawandel bewirkt in Hessen die

- Zunahme der Hitzewellen und Tropennächte
- Abnahme der Frost- und Eistage
- Zunahme von Trockenperioden im Sommer
- Zunahme der Winterniederschläge und vermehrten Wasserabfluss
- Änderung der Vegetationsperioden

In Nordhessen bewirkt der Klimawandel eine besondere Zunahme von

- Sturmereignissen
- Starkregenereignissen und Hochwasser
- Hitzeperioden - im Talkessel Kassels +6°

Hitze(mit)bedingte Mortalität



Quelle: NASA

Hitzewelle 2003: Schwerstes Unwetterereignis in Europa seit 100 Jahren

- Hitzestress, Trockenheit
- Ca. 30.000 Hitzetote (ca. 7.000 in Deutschland, 15.000 in Frankreich)



Hitze(mit)bedingte Mortalität

Ältere und alte Menschen (ab 75 Jahren) sind besonders anfällig gegenüber Gesundheitsrisiken, die mit Hitzeperioden verbunden sind. (Kovats and Hajat 2008).



Die gesundheitlichen Auswirkungen umfassten u. a. Todesfälle durch Herz-Kreislaufversagen, Herz-Kreislaufkrankungen, Stoffwechseldekompensation bei Risikogruppen (Diabetes mellitus), Niereninsuffizienz, Immunsuppression und erhöhtes Exsikkoserisiko. (McGeehin and Mirabelli 2001; Flynn, McGreevy et al. 2005; Glazer 2005).

**In Stadt und Landkreis Kassel leben ca. 50.000 Menschen >75 Jahre alt
Fokusgruppen: Pflegefälle, zu Hause lebend, Selbstversorger, Aktive**

Hitze-Präventions-Netzwerk: Eine geeignete Zugangsstrategie?

1. Akteure im Netzwerk – Ausgangssituation (11.2009 – 02.2010)

- Auswahlkriterien: Vertrauen, Nähe zur Zielgruppe, fachliche Eignung
- Zusammensetzung: Kommunalpolitische Vertreter, Mediziner, Pflegedienste, Wohnbaugenossenschaft, Kirchengemeinden, Altenhilfe, Gesundheitsamt

2. Netzwerkerweiterung (03. – 04.2010)

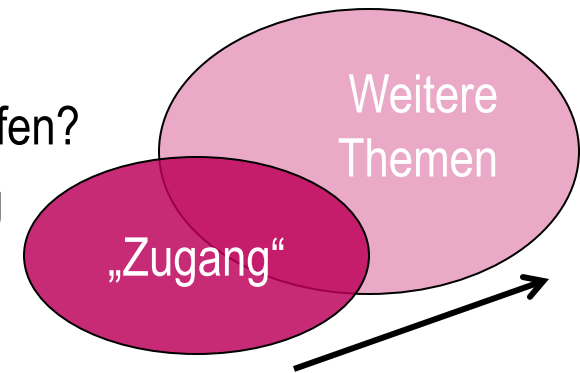
- Neue Akteure: Stiftung Diakonissenkrankenhaus Kassel, Wohlfahrtsverbände, Logopädiepraxen, engagierte Senior/innen \cap Stadtteilkonferenz 6.3.2010
- Arbeitsstruktur: Bildung von festen Arbeitsgruppen (z.B. soziales Hitzewarnsystem)

3. Direkter Zugang zur Zielgruppe (03. – 04.2010)

- Instrumente: 1) **Telefonischer Hitzewarndienst** des Diakonissenkrankenhauses Kassel von Juni bis August, 1. Testlauf 2010, zeitnahe Hitzewarnungen + ggf. Beratung und Vermittlung (Unterstützung in rechtlichen Fragen durch G1).
2) Aufbau eines **Telefonregister** für Bürger/innen (ab Juni 2010)

„Nebeneffekt“: Hitze-Präventions-Netzwerk als interdisziplinäres Forum für gesundheitsbezogene Klimaanpassung (im Quartier)

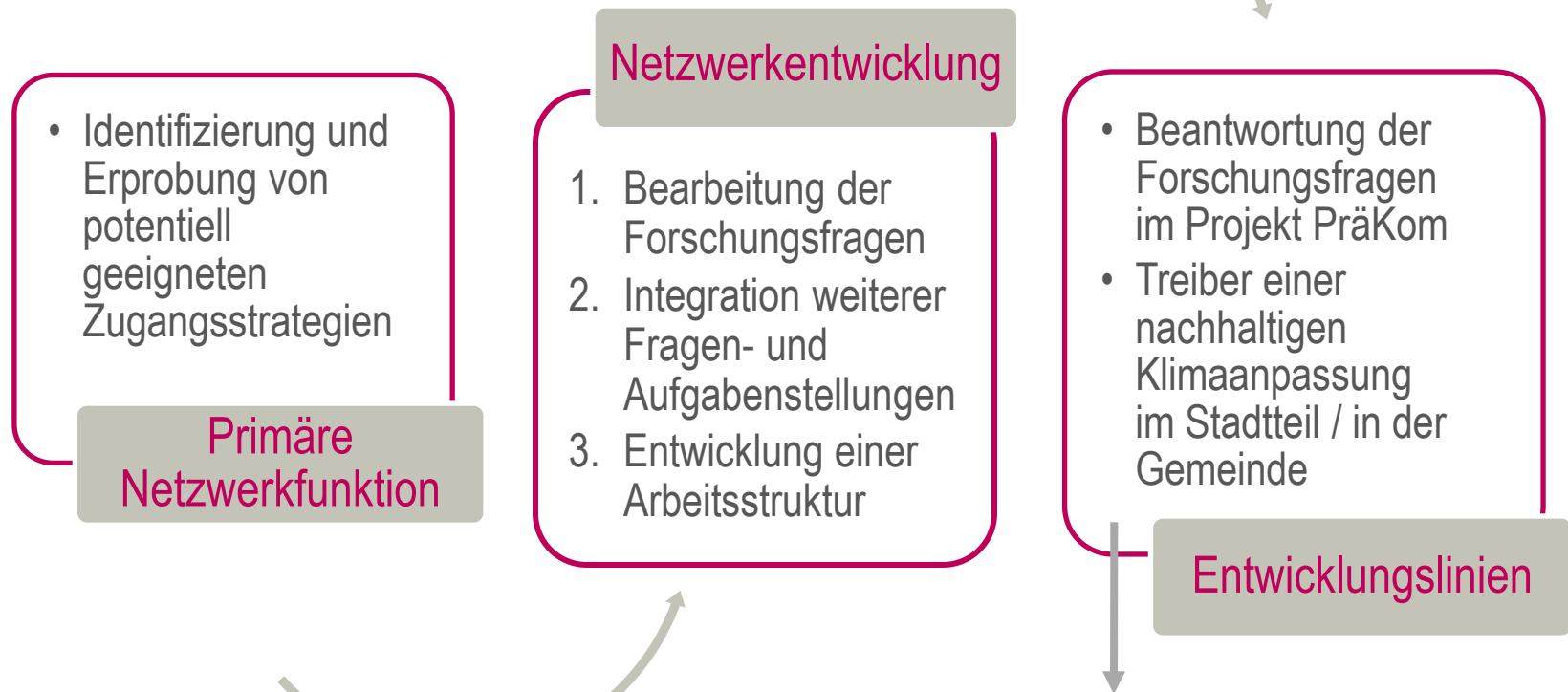
- Interessenkonflikt oder „Win-Win-Situationen“ schaffen?
g **Bereitschaft zu einer geordneten Erweiterung des Themenspektrums des Netzwerks!**



Was hat sich getan? (Auswahl)

- Stadtteilkonferenz „Die ältere Generation und der Klimawandel“ (6.3.2010)
- Bearbeitung weiterführender Fragestellungen zumeist in Arbeitsgruppen (z.B. gesundheitsrelevante Anpassungen im Wohnraum und Wohnumfeld, Beratungsstelle für Hauseigentümer, Bildungsangebote für Interessierte im Quartier, Webauftritt des Netzwerks)
- Stadtteilbegehung im Vorderen Westen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Stadtteilakteuren und Fachämtern mit Unterstützung von „AUKAS“ (S2)

Weitere Schritte



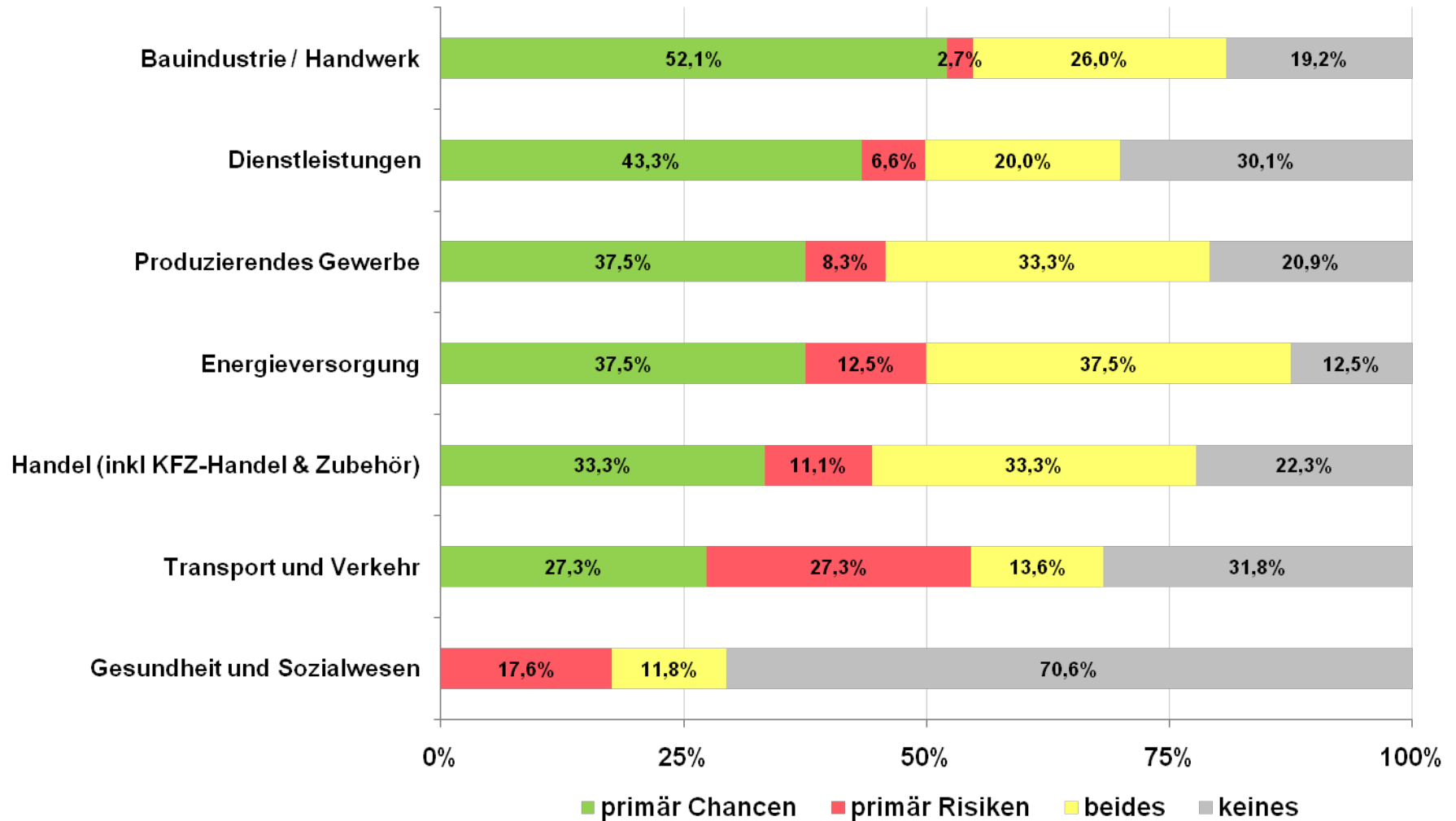
Flankierende Maßnahmen auf kommunaler, regionaler und Landesebene sind für den langfristigen Erfolg unabdingbar.

Teilprojekt: Klimawandel unternehmerisch gestalten (KLUG)

Ausgangsfragen:

- Wie werden die durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungsprozesse von den nordhessischen Unternehmen wahrgenommen?
- Welche Handlungsoptionen zur Klimaanpassung bestehen bereits?
- Welche fördernden und hemmenden Faktoren lassen sich identifizieren?
- Wie lassen sich konkrete unternehmensbezogene Anpassungsstrategien entwickeln?

Chancen & Risiken: Funktionsbereich Verkauf / Vertrieb



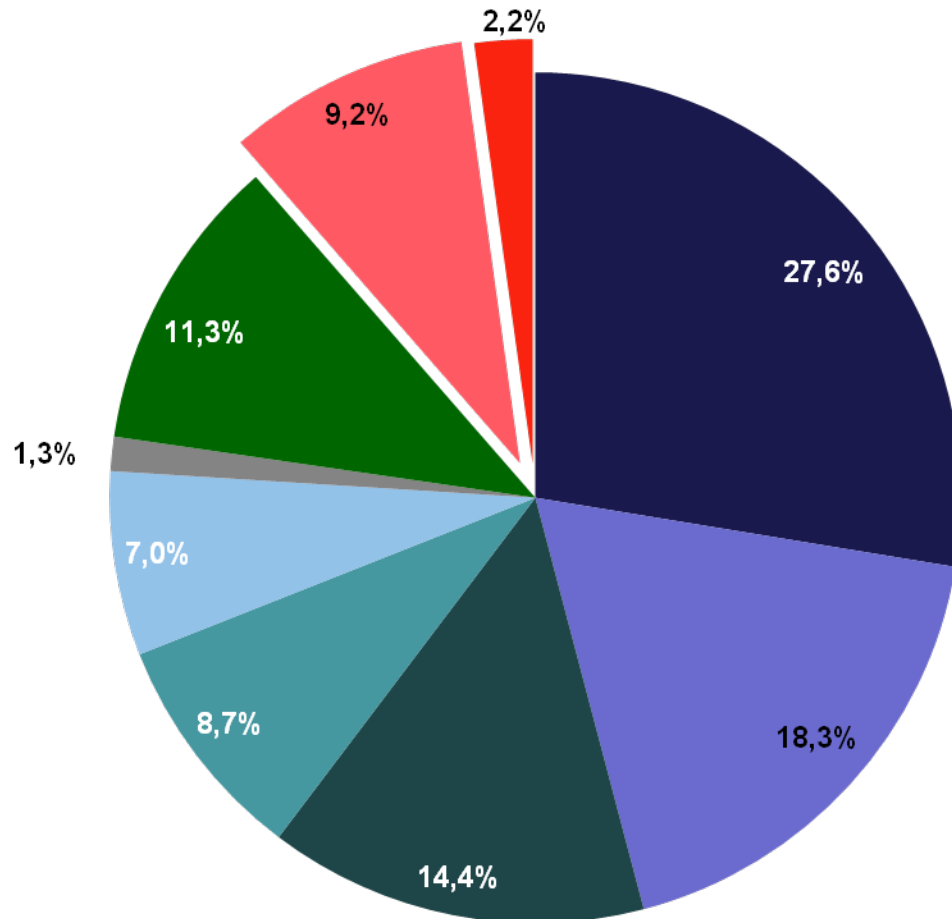
Welche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt?

Klimaschutzmaßnahmen

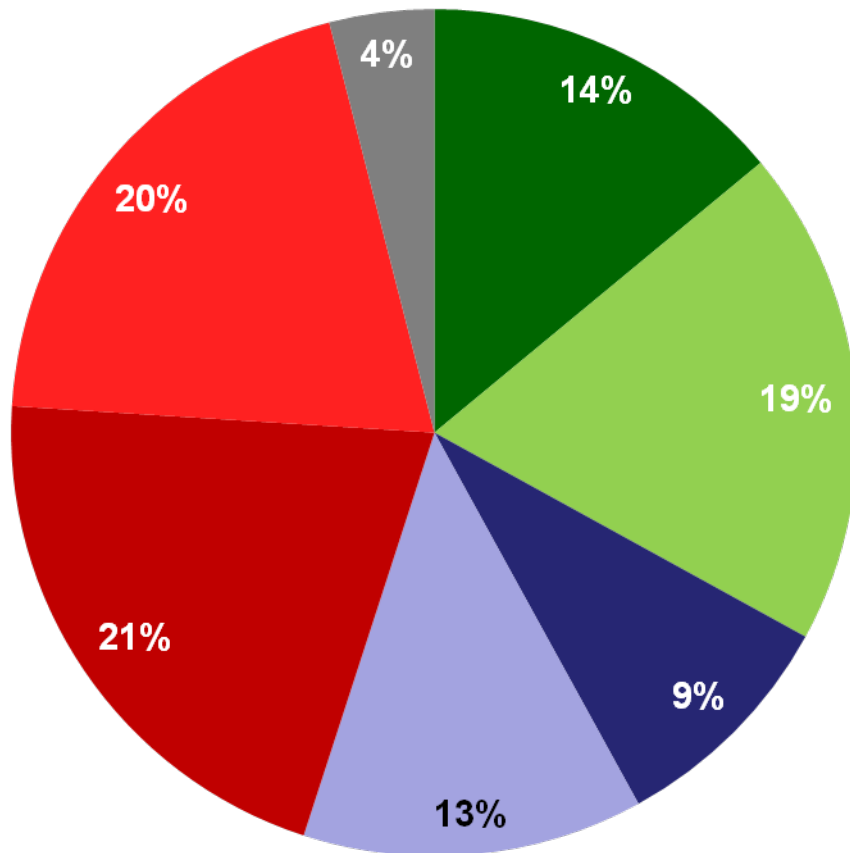
- Energieeinsparung / Energieeffizienz
- Nutzung erneuerbarer Energien
- Modernisierung des Fuhrparks
- Umweltfreundliche Technologien / Materialien
- Senkung Ressourcenverbrauch / Ressourceneffizienz
- Klimaschutz durch Verhaltensänderung

Klimaschutz- / Klimaanpassungsmaßnahmen

- Gebäudesanierung
- neue Produkte / Dienstleistungen
- sonstige Anpassungsmaßnahmen



Hindernisse für Klimaanpassungsmaßnahmen



Informationsmangel

- Fehlende Info über die Auswirkungen des Klimawandels am eigenen Standort
- Fehlende Info über wirkungsvolle Maßnahmen

Interne Hindernisse

- Kurzer Zeithorizont bei der Unternehmensplanung
- Mangelnde Ressourcen im Unternehmen

Externe Hindernisse

- Geringe eigene Betroffenheit
- Fehlende ökonomische Anreize

-
- Sonstiges

(Mehrfachnennungen möglich)

Ausblick

Bisherige Erfolge

Start und Aufstellung von Klimzug Nordhessen gelungen

Vernetzung erfolgreich

Förderung bis 2013 sichergestellt

Entwicklungschance durch Mitgliedschaft im EIT

Herausforderungen der nächsten Zeit

Vernetzung mit regionaler Politik

Verbreitung von Fragestellung und Lösungsansätzen in Region

Vorlage Nr. 101.16.1660

Lärminderungsplanung und Lärmaktionsplan für Kassel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten,

1. die Auswertung der „Lärmkartierung Straßen 2007“ des Regierungspräsidiums Kassel, insbesondere die Lärmschwerpunkte im Bereich der Stadt Kassel, vorzustellen und über die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemachten Anregungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange im Einzelnen zu berichten;
2. die nach Auswertung und Vorprüfung der Vorschläge erarbeitete Maßnahmenkonzeption vorzustellen;
3. den Entwurf des Lärmaktionsplan des Regierungspräsidenten vorzustellen und zu erläutern;
4. darzulegen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Offenlegung des Entwurfs durch den Regierungspräsidenten vom Magistrat unterstützt werden kann;
5. sich beim Regierungspräsidium Kassel und beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass auch die Stadt Kassel (neben den Städten Frankfurt/M, Wiesbaden und Darmstadt) sich an dem Pilotprojekt „lärmmindernder Asphalt innerorts“ (LOA 5D = Lärmoptimierte Asphaltdeckschicht, sogenannter Düsseldorfer Flüsterasphalt) beteiligen kann;
6. mitzuteilen, mit welchen finanziellen Mitteln das Land Hessen die Stadt Kassel bei der Umsetzung der Lärminderung und der Lärmaktionspläne unterstützt.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Harry Völler

Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller, MdL
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.16.1695

Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die beiliegende Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ der Deutschen Umwelthilfe und des Dialogforums in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Naturschutz zu unterzeichnen.

Die Stadt Kassel stimmt den Zielen dieser Deklaration zu, ist sich der Bedeutung der biologischen Vielfalt bewusst und unterstützt ein gemeinsames Verständnis der Kommunen für den Erhalt der biologischen Vielfalt durch einen intensiven Austausch untereinander.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Harry Völler

Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller, MdL
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Anlage

Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ Veröffentlicht am Internationalen Tag der Biodiversität am 22. Mai 2010

Die biologische Vielfalt ist bedroht

Die biologische Vielfalt, d. h. die Vielfalt innerhalb der Arten, zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme, bildet die existenzielle Grundlage für menschliches Leben und für die Möglichkeiten wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung. Die biologische Vielfalt ist bedroht. Weltweit werden fast zwei Drittel aller Ökosysteme und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten als gefährdet eingestuft. Dazu kommt ein großer Verlust an genetischer Vielfalt mit unabsehbaren Auswirkungen auf künftige Generationen (z. B. Ernährung und Gesundheit). Auch in Deutschland sind über 70 Prozent der Lebensräume bedroht. Die internationalen und nationalen Bemühungen, den weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 zu verlangsamen bzw. zu stoppen, waren bisher nicht ausreichend. Daher bedarf es verstärkter Anstrengungen aller Akteure auf allen Ebenen für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Städten und Gemeinden kommt dabei eine wichtige Bedeutung als Akteure zu, da sie die politische Ebene repräsentieren, die den Menschen am nächsten steht. Sie spielen angesichts ihrer umfassenden Aufgaben in Planung, Verwaltung und Politik und der damit verbundenen Entscheidung über den Umgang mit Natur und Landschaft vor Ort eine wichtige Rolle beim Erhalt der biologischen Vielfalt und haben die Möglichkeit, das öffentliche Bewusstsein zur Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken. Darüber hinaus führen Aktivitäten auf kommunaler Ebene zu konkreten Ergebnissen, die anderen Akteuren als Vorbild dienen und wichtige Impulse an höhere politische Ebenen senden können.

Kommunen für biologische Vielfalt

Der Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt ist für Städte und Gemeinden eine aktuelle Herausforderung und hat für die unterzeichnenden Kommunen eine hohe Bedeutung bei Entscheidungsprozessen. Anlässlich des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt nehmen die unterzeichnenden Kommunen diese Herausforderung an und sehen die Notwendigkeit, die biologische Vielfalt vor Ort gezielt zu stärken. Aspekte der biologischen Vielfalt werden als eine Grundlage nachhaltiger Stadt- und Gemeindeentwicklung berücksichtigt. Die Anforderungen, die die Erhaltung der biologischen Vielfalt vor Ort stellt, werden bewusst in die Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbezogen. Die Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt auf kommunaler Ebene können die Städte und Gemeinden gerade angesichts ihrer finanziellen Situation nur mit Unterstützung der Bundes- und Landesebene erreichen und setzen deshalb auf ein kooperatives Vorgehen. Die unterzeichnenden Kommunen wirken darauf hin, dass finanzielle Rahmenbedingungen und fachliche Grundlagen (z. B. Indikatorensets) geschaffen werden, um biologische Vielfalt gezielt erhalten zu können. Die Kommunen setzen sich dafür ein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen im Sinne der Erhaltung und Stärkung der biologischen Vielfalt in folgenden Bereichen zu ergreifen und erwarten ein entsprechendes Handeln von Bund und Ländern:

I. Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich

- Entwicklung intelligenter städtebaulicher Konzepte, die kompakte Bauweisen, d.h. eine angemessene Siedlungsdichte und eine wohnumfeldnahe Durchgrünung, integrieren,
- Festlegungen zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums; Boden- und Freiraumschutz durch kommunales und interkommunales Flächenmanagement. Reaktivierung von Brachflächen unter Berücksichtigung ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung zur Begrenzung des Siedlungswachstums auf „der grünen Wiese“,
- Erhalt von naturnahen Flächen im Siedlungsbereich und Nutzung bestehender Potenziale zur Schaffung von naturnahen Flächen und Naturerlebnisräumen innerhalb des Siedlungsraumes auch im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel,
- Naturnahe Pflege öffentlicher Grünflächen u. a. mit weitgehendem Verzicht auf Pestizide und Düngung und Reduktion der Schnittfrequenz (Ökologisches Grünflächenmanagement),
- Ausschließliche Verwendung von heimischen und gebietsspezifischen Arten auf naturnahen Flächen und Naturerlebnisräumen im Siedlungsbereich,
- Verbindung von Hochwasserschutz, Naturschutz und Erholungsfunktion, z.B. durch Maßnahmen der Wasserrückhaltung (Retentionsflächenausweisung).

II. Arten- und Biotopschutz

- Mitarbeit beim Ausbau von Biotopverbundsystemen und Schutzgebietsnetzen,
- Konkrete Beiträge zum Artenschutz und zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der Arten in einem kommunalen Artenschutzprogramm,
- Schutz ökologisch sensibler Gebiete vor dem Einfluss gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und schädlicher Stoffeinträge,
- Verbesserung bestehender Gewässermorphologie, z.B. durch Renaturierung von Fließgewässern und Wiederherstellung der Durchgängigkeit.

III. Nachhaltige Nutzung

- Förderung umweltverträglicher Formen der Land- und besonders der kommunalen Forstwirtschaft (naturnahe Waldbewirtschaftung von Kommunalwald),
- Entwicklung von Konzepten zur nachhaltigen Nutzung nachwachsender Rohstoffe (z.B. Energieholz) auf regionaler Ebene, die in Einklang mit den Anforderungen des Naturschutzes stehen,
- Schutz von Gewässern vor schädlichen stofflichen Einträgen, z.B. durch Einrichtung ausreichender Gewässerrandstreifen,

- Entwicklung intelligenter ÖPNV-Konzepte und damit Vermeidung der Ausweitung von Verkehrsflächen, die die Zerschneidung siedlungsinterner und siedlungsnaher Naturräume zur Folge hat.

IV. Bewusstseinsbildung und Kooperation

- Beiträge zur Bewusstseinsbildung über die Zusammenhänge zwischen der Erhaltung der biologischen Vielfalt im urbanen Raum und einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung und Kulturlandschaftspflege auch im ländlichen Raum,
- Förderung naturnaher Tourismuskonzepte,
- Unterstützung von kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen bzw. Beteiligung der Bürgerschaft an Maßnahmen zum Natur- und Klimaschutz,
- Verstärkung der Bildungsarbeit und des Informationsangebotes zur biologischen Vielfalt vor Ort, z.B. durch Waldkindergärten, Schulgärten und Naturlehrpfade in städtischen Grünanlagen,
- Verstärkte Ausrichtung der Kommunen auf die interkommunale Zusammenarbeit zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung biologischer Vielfalt in der Region,
- Überregionale und europäische Zusammenarbeit von Partnerregionen, mit der Zielsetzung der Stärkung der biologischen Vielfalt.

Bündnis für biologische Vielfalt

Die unterzeichnenden Städte und Gemeinden beabsichtigen, sich in einem „Bündnis für biologische Vielfalt“ zusammenzuschließen. Gemeinsam werden Wege gesucht, die biologische Vielfalt zu erhalten. In diesem Bündnis können Erfahrungen und Strategien zum Thema biologischen Vielfalt ausgetauscht und gemeinsame Wege in der Öffentlichkeitsarbeit gefunden und begangen werden.

Das „Bündnis für biologische Vielfalt“ wird den unterzeichnenden Städten und Gemeinden die Chance eröffnen, durch Erfahrungsaustausch und Kooperation entscheidende Schritte in Richtung der Erhaltung der biologischen Vielfalt zu gehen. Unterzeichnet durch eine bevollmächtigte Vertreterin oder einen bevollmächtigten Vertreter der Kommune

Name der Kommune: _____

Funktion der Unterzeichnenden/des Unterzeichners: _____

Ort, Datum, Unterschrift